

In den Beratungen zum Haushaltsplan 2016 wurde nach einem Widerspruch des Oberbürgermeisters, der mit der Ausweisung von ungedeckten Mehrausgaben für sekundäre Asylkosten im ursprünglichen Haushaltsbeschluss begründet wurde, folgender Kompromiss erzielt:

Zur Deckung der bis zum Widerspruch des Oberbürgermeisters nicht gedeckten Ausgaben wurden die Einnahmeansätze auf Vorschlag der Verwaltung, wie nachstehend dargestellt, erhöht. Der Stadtrat hat diesem Kompromiss zugestimmt, um keine verspätete Verabschiedung des Haushaltes mit den entsprechenden negativen Konsequenzen zu riskieren.

Folgende Ansätze wurden verändert:

- Erhöhung des Gewerbesteueransatzes um eine Million,
- Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer um 400.000 Euro,
- Erhöhung der Grundstücksverkaufserlöse um 1,5 Millionen Euro,
- Erhöhung der globalen Minderung Personal um 1.459.298 Euro.

Hierzu fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Hält die Stadtverwaltung die Erzielung des im verabschiedeten Haushalt ausgewiesenen Gewerbesteueransatzes in Anbetracht der vorliegenden Stichtagszahlen für realistisch? Wie hoch werden die Gewerbesteuereinnahmen auf Basis der Hochrechnung der aktuellsten Stichtagszahlen voraussichtlich ausfallen?
2. Hält die Stadtverwaltung die Erzielung des im verabschiedeten Haushalt ausgewiesenen Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer in Anbetracht der vorliegenden Stichtagszahlen für realistisch? Wie hoch wird der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer auf Basis der Hochrechnung der aktuellsten Stichtagszahlen voraussichtlich ausfallen?
3. Wie hoch sind die unterjährigen Einnahmen aus Grundstücksverkaufserlösen? Hält die Stadtverwaltung die nachträgliche Erhöhung der Grundstücksverkaufserlöse um 1,5 Millionen Euro gegenüber dem Haushaltsentwurf auf Basis der aktuell erzielten Einnahmen für umsetzbar? Welche Grundstücke wurden nach dem Haushaltsbeschluss zusätzlich zur Veräußerung ausgeschrieben und mittlerweile bereits verkauft (bitte

auflisten und mit Erlösen darstellen)?

4. Hält die Stadtverwaltung die nachträgliche Erhöhung der globalen Minderung Personal um 1.459.298 Euro für umsetzbar? Welche Konsequenzen hat die Erhöhung der globalen Minderung für die Abläufe innerhalb der Verwaltung und für die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung insgesamt? Welche Schritte wurden zur Umsetzung des Beschlusses in den vergangenen Monaten veranlasst?

gez. Johannes Krause

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)